

Das Ende der Demokratie – oder erst ihr Anfang?

GENI HACKMANN

Die Missachtung von Volksentscheiden, die Manipulation der Wahlvölker oder selbtherrliche Potentaten sind Symptome einer kranken Demokratie, die der gute Arzt allenfalls für seine Diagnose zu Rate zieht. Sie behandeln ist vergebliche Müh, denn der Krankheitsherd liegt tiefer. Viel tiefer. Und ein Rezept dagegen ist noch nicht in Sicht.

Der erste Grund, warum die Demokratie, wie wir sie kennen, ihrem Ende entgegen steuert – oder besser: schlingert – liegt darin, dass sie mit dem Selbstverteidigungsrecht nicht umgehen kann. Die Freiheit, sich selber notfalls mit Gewalt zu verteidigen (mit Ausnahme gegen die Staatsgewalt), ist ein Ur-Recht, das von jeder Rechtsordnung, die etwas auf sich hält, geschützt wird. Das Recht ist so heilig, dass in den meisten Fällen auch ungeschoren davonkommt, wer in der Wahl der Mittel nicht wählerisch ist.

Was uns auf individueller Ebene als natürlichste Sache der Welt erscheint, wird uns auf der Stufe «Gesellschaft» verwehrt. Die Demokratie und mit ihr alle weniger entwickelten

NACH MEINER VORSTELLUNG SOLLTEN DIE SCHWÄCHSTEN IN EINER DEMOKRATIE DIE GLEICHEN MÖGLICHKEITEN HABEN WIE DIE STÄRKSTEN. UND DAS IST NUR DURCH GEWALTLOSIGKEIT MÖGLICH.

Mahatma Gandhi

Staatsformen kennen kein soziales Selbstverteidigungsrecht für Minderheiten und gesellschaftliche Schichten. Sogar der Streik ist in den meisten Ländern verboten. Das Prinzip an sich würde die Demokratie aus den Angeln heben, was nicht heisst, dass die soziale Selbstverteidigung

nicht real existierte. Ein deutliches Zeugnis davon sind die vielen Bürgerkriege, Aufstände, Revolutionen und Abspaltungen, aber auch die Pogrome, Deportationen oder Fremdherrschaften. Immer waren es Minderheiten, die überleben wollten oder denen das Überleben in einer selbstbestimmten Ordnung verweigert wurde.

So schrecklich diese Kämpfe auch waren und immer noch sind: Die Situation ist viel komplexer geworden. Jeder Mensch zählt zu Minderheiten, die von wechselnden Mehrheiten in den verschiedensten Fragen an den Rand des Überlebens gedrängt werden. Auch geographisch lassen sich bedrohte Minderheiten oft nicht mehr zuordnen. Die Grenzen verlaufen quer durch die Welt. Dazu kommt, und das ist das Entscheidende, dass die existenziellen Themen sprunghaft zugenommen haben. Die Armen in den Entwicklungsländern kämpfen um Wasser (und Existenz), die Arbeiter kämpfen um Arbeitsplätze (und Existenz), die Firmenbosse um ihre Firmen (und Existenz), die Studenten um Studienplätze

Der bedingungslose Wettbewerb beherrscht alle Kanäle und unsere Köpfe und verwandelt ehemals gewöhnliche Sachfragen zu Entscheidungen über Sein oder Nicht-Sein.



(und Existenz). Die Klimaschützer kämpfen gegen den Klimawandel (und die Existenz von uns allen), die Erdölfirmer für die Ausbeutung der Ölfelder (und um ihre Existenz). Der bedingungslose Wettbewerb beherrscht alle Kanäle und unsere Köpfe und verwandelt ehemals gewöhnliche Sachfragen zu Entscheidungen über Sein oder Nicht-Sein.

Nun lassen sich existenzielle Fragen nicht mit einfachen Mehrheitsentscheidungen beantworten. Wenn 51 Prozent den Untergang beschließen – z.B. durch Tatenlosigkeit angesichts der Umweltzerstörung – müssen die restlichen 49 Prozent diesen demokratischen Entscheidung akzeptieren oder dürfen sie sich wehren? In dieser Frage steht die Demokratie als Institution in einem Überlebenskampf. Ohne eine schlüssige Antwort wird sie ihn verlieren.

In Bedrängnis gerät die Demokratie aber noch von anderer, unerwarteter Seite: der gesellschaftlichen Beschleunigung. Demokratische Prozesse erfordern viel mehr Zeit als beim gegenwärtigen Tempo der Veränderungen zur Verfügung steht. Um dies zu verstehen, muss man sich bewusst werden, dass die demokratische Willensbildung weit mehr ist als die statistische Auswertung individueller Meinungen wie in der Marktforschung, die innerhalb weniger Tage akkurate politische Zustandsberichte liefern kann. Damit sich im demokratischen Prozess konsensfähige Lösungen entwickeln können, müssen die Menschen die anstehenden Probleme aus den verschiedensten Blickwinkeln betrachten, darüber lesen, selber Erfahrungen machen und vor allem mit anderen diskutieren können.

.....

Wer etwas zum Thema zu sagen hat, muss Gelegenheit dazu haben, sonst sammeln sich unterdrückte Kräfte, die sich in einer Gesellschaft ebenso verheerend auswirken wie bei einem Individuum. So reifen die Meinungen sukzessive, bis die Gemeinschaft eine für alle gültige Entscheidung treffen kann. Und das braucht Zeit – Zeit, die sich eher in Jahren als in Monaten rechnet.

Im Kontrast zu diesem Zeitbedarf stehen die Verhandlungsmächte der grossen Gipfeltreffen, die Regierungschefs, die ermattet an frühmorgendlichen Medienkonferenzen den grossen Durchbruch verkünden, der sich oft schon nach kurzer Zeit wieder relativiert. Mit solcher Instant-«Demokratie» lässt sich nicht lange Staat machen, vor allem, wenn Abermillionen von Menschen von den Entscheiden existenziell betroffen sind.

Auch in einer direkten Demokratie wie der Schweiz, wo der Zeitbedarf entsprechend grösser ist, wird ein horrendes Tempo angeschlagen. Zwei der wichtigsten Vorlagen der letzten Jahrzehnte, der EWR-Vertrag und das GATT, wurden im Überschaltempo durchs Parlament getrieben. Der EWR-Vertrag mit Anpassungen von 60 Gesetzen, Verordnungen und Erlassen musste 1992 in zwei Wochen durchberaten werden, notabene unter Aufhebung

IN EINER DEMOKRATIE WIRD DAS ALLGEMEIN-
WOHL NUR GEFÖRDERT, WENN SICH DIE BE-
SONDEREN INTERESSEN EINZELNER GRUPPEN
ZUFÄLLIGERWEISE DECKEN ODER GEGENSEITIG
AUFHEBEN.

Alexander Chase

des Zweikammer-Entscheidungsprozesses. Die noch weiter reichenden GATT-Verträge, 20 000 Seiten inkl. Zusatzprotokolle, wurden im Sommer 1994 in die Vernehmlassung geschickt, bevor auch nur die grundlegenden Verträge übersetzt waren. Behandelt von den eidgenössischen Räten wurde das Grundlagenwerk der Globalisierung schlechthin

in wenigen Tagen. Zu einer Globalisierungsdiskussion kam es in der Schweiz erst nach dem gescheiterten Referendum.

Das für unsere Institutionen verheerende Tempo mag manchmal gewollt sein, in seinem Wesen geht es aber von den immer schneller voranschreitenden Veränderungen im gesellschaftlichen Umfeld aus, von der beschleunigenden Wirkung der Technologie, der weltweiten Kommunikationsnetze und der Globalisierung der Wirtschaft. Wenn wir die Entscheidungsprozesse nicht bewusst entschleunigen, werden die demokratischen Institutionen von diesem Tempo zu Fall gebracht.

Gefahr droht der Demokratie noch von dritter Seite: Damit eine Demokratie funktionieren kann, muss der politische und geographische Raum, in dem die Entscheide gefällt werden, möglichst identisch sein mit dem, in dem sie wirken sollen. Diese Räume werden zunehmend verwischt, vor allem durch die fortschreitende Ökonomisierung der Welt. Die wirtschaftliche Dynamik, die uns so viele Entscheide aufzwingt oder uns vor vollendete Tatsachen stellt, hält sich nicht an politische Grenzen. Im Gegenteil: Es liegt gerade im Wesen des Handels, Grenzen aller Art zu überwinden. So sind wir auf allen

Existenzielle Fragen lassen sich nicht mit einfachen Mehrheitsentscheiden beantworten. Wenn 51 Prozent den Untergang beschliessen – z.B. durch Tatenlosigkeit angesichts der Umweltzerstörung – müssen die restlichen 49 Prozent diesen demokratischen Entscheid akzeptieren?

Ebenen mit Fragen konfrontiert, die nicht mehr zu den politischen Strukturen passen. Entschieden werden viele dieser Fragen in internationalen Gremien mit zweifelhafter demokratischer Legitimation, z.B. in der WTO.

Die demokratischen Einheiten parallel zum Wirtschaftswachstum mitwachsen zu lassen, ist auch keine Lösung, wie das Beispiel der EU zeigt. Das demokratisch gewählte Europaparlament kann nur verzögern, aber weder vorschlagen noch beauftragen und entscheiden. Gesetzgeber der EU ist der Ministerrat mit seinen 27 Mitgliedern, die sich keinem Volk zur Wahl zu stellen brauchen.

Die Grenzen der politischen Räume werden aber auch ohne Zutun des Menschen von den Problemen überschritten. Für den Klimawandel, in der Wahrnehmung vieler Menschen das Weltproblem Nummer eins, ist niemand politisch verantwortlich. Die Konsequenz ist ein globales Sankt-Florians-Prinzip.

Dieser nicht eben erfreulichen Diagnose kann ich leider keinen Therapievorschlag, der diesen Namen verdient, nachschieben. Ein paar Ansatzpunkte gibt es trotzdem:

■ Zweidrittelsmehrheiten könnten für konsensfähigere

Lösungen sorgen und die Minderheiten besser schützen.

IN EINER DEMOKRATIE BEEINTRÄCHTIGT DIE NICHT-BEACHTUNG EINES EINZIGEN WÄHLERS DIE SICHERHEIT VON ALLEN. JOHN F. KENNEDY

■ Kleinere politische Einheiten verbessern das Verständnis

der Bürgerinnen und Bürger für die zu lösenden Probleme

und erweitert die Mitbestimmungsmöglichkeiten. Schon

der Sozialphilosoph Leopold Kohr, Lehrer des berühmten E.F. Schumacher («small is beautiful») zeigte in seinen richtungsweisenden Werken, dass Grösse das massgebende Kriterium für das Scheitern eines Staatswesens ist.

■ Bewusste Entschleunigung der politischen Prozesse

■ Primat der nationalen Selbstbestimmung bei internationalen Verträgen ermöglicht den

Schutz gegen Lohndumping, Auslagerung von Arbeitsplätzen und die Einfuhr gesundheits-schädigender Produkte – eine grosse Sorge vieler Menschen.

Insgesamt sind die Herausforderungen, denen die Demokratie mittelfristig gegenüber steht, zu gross, um sie innerhalb der bestehenden Strukturen bewältigen zu können. Wenn wir die Demokratie, die Herrschaft des Volkes, erhalten wollen, werden wir um die alles entscheidende Machtfrage nicht herumkommen: Wer soll das letzte Wort im Staate haben, die Wirtschaft – und damit das Kapital – oder der Mensch? Solche Fragen werden, wie die Geschichte zeigt, in der Regel nicht demokratisch entschieden. Manchmal reichen fünf Prozent der Bevölkerung für einen Machtwechsel. Manchmal genügen nicht einmal 90 Prozent. Aber vielleicht wächst das Bewusstsein diesmal so stark, dass ein Wunder möglich wird. Es wäre der Anfang einer echten Demokratie-Bewegung. ◀

Viele Probleme überschreiten die Grenzen der politischen Räume. Für den Klimawandel, in der Wahrnehmung vieler Menschen, das Weltproblem Nummer eins, ist niemand politisch verantwortlich. Die Konsequenz ist ein globales Sankt-Florians-Prinzip.